

OB Dr. Siegfried Balleis: „Die Steuerreform brachte die Kommunen an den Rand des Ruins“

Interview mit dem Bund der Steuerzahler

Erlangens Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, CSU, übt im Interview mit dem Bund der Steuerzahler massive Kritik an der Steuerreform. Sie habe die Kommunen weit über Gebühr belastet. Dabei seien es vor allem die Großunternehmen, die von den neuen Regelungen des Abgabenrechts profitieren. Die rot-grüne Bundesregierung habe für die großen Aktiengesellschaften nicht nur Steuer-Schlupflöcher, sondern wahre Scheunentore geöffnet. Erlangen halte sich im Rahmen einer Haushaltssperre mit einem umfangreichen Sparpaket über Wasser. Die Bundesregierung forderte OB Dr. Balleis auf, als Sofortmaßnahme die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage rückgängig zu machen. Die Fragen stellte Pressesprecher Rudolf G. Maier:



Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, Erlangen: „Wir mussten im Rahmen einer Haushaltssperre ein umfangreiches Maßnahmenpaket mit Ausgabenbegrenzung und Investitionsstopp beschließen, um Erlangen vor dem finanziellen Kollaps zu bewahren.“

Klartext:

Herr Oberbürgermeister Dr. Balleis, zunächst vielen Dank, dass Sie in prekärer Finanzsituation der Kommunen dem Bund der Steuerzahler für ein Interview zu diesem Thema zur Verfügung stehen. Was sind aus Ihrer Sicht die Gründe für den Kollaps der kommunalen Finanzen?

Dr. Balleis:

Die rot-grüne Bundesregierung hat mit ihrer Erhöhung der Gewerbesteuerumlage im Zuge der Steuerreform die Kommunen weit über Gebühr belastet. Noch in der Gesetzesbegründung hatte es geheißenen, ohne Anpassung der Gewerbesteuerumlage hätten die Gemeinden Mehreinnahmen in Milliardenhöhe zu verzeichnen. Tatsache ist aber heute, dass durch die Steuerreform die Kommunen an den Rand des Ruins gebracht wurden. Dabei sind es vor allem die Großunternehmen, die von den neuen Regelungen des Abgabenrechts profitieren. Sie korrigieren als Ergebnis der Wirtschaftskrise und des Börsencrashes ihre Gewinnprognosen stark nach unten. Weiterhin lösten viele Unternehmen ihre alten, meist hoch versteuerten Rücklagen auf und können sich so die zu viel gezahlten Körperschaftsteuern zurückholen. Die Körperschaftsteuer erlebt dadurch einen massiven Einbruch. Auch bei der Gewerbesteuer sind die dramatischen Rückgänge auf die geschickte Nutzung der neu geschaffenen Möglichkeiten durch die Großunternehmen zurückzuführen. Das Modell der steuerlichen Organschaft, also der Verrechnung von Verlusten und Gewinnen mit Tochterfirmen, nutzen viele, um

ein „Null-auf-Null“-Ergebnis zu erzielen und damit die Steuer zu sparen. Intensiv nutzen auch die großen Aktiengesellschaften das umstrittene Privileg, ihre Firmenbeteiligungen steuerfrei abzugeben. So trennte sich beispielsweise die Allianz von ihren Anteilen an der Münchner Rück und übernimmt dafür die Dresdner Bank, e.on verkauft Aral und kauft dafür Ruhrgas. Dies alles sind nicht nur Schlupflöcher, sondern wahre Scheunentore für Großunternehmen, die diese natürlich intensiv nutzen und damit die Steueraufkommen völlig aufzehren. Zusammen mit den Rückforderungen für bereits gezahlte Gewerbesteuern bricht das den kommunalen Finanzen vielerorts das Genick.

Klartext:

Die Bürger bekommen es zu spüren, dass Städte und Gemeinden sparen müssen. Wie ist die Lage in Erlangen? Wie steuern Sie gegen?

Dr. Balleis:

Der Erlanger Stadtrat hat schon im Juli im Rahmen einer Haushaltssperre ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen, um die finanzielle Situation wieder in den Griff zu bekommen. So werden z. B. die Ausgaben der Sachkostenbudgets der Fachämter generell um zehn Prozent gesperrt, Budgetüberziehungen sind nicht mehr zulässig. Weiterhin wurde ein genereller Investitionsstopp vereinbart. Dies ist ein Teil eines Maßnahmenkataloges, anhand dessen wir versuchen, Erlangen vor dem finanziellen Kollaps zu bewahren. Gegenwärtig werden nahezu alle Investitionen, die noch nicht vergeben wurden, auf null heruntergefahren. Auch über die Schlie-

ßung eines von zwei Hallenbädern wird nachgedacht.

Klartext:

Innenminister Beckstein fordert, die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage auf Kosten der Kommunen rückgängig zu machen. Mit welchen Sofortmaßnahmen sollten jetzt aus Ihrer Sicht die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung handeln?

Dr. Balleis:

Die Bundesregierung müsste die bereits im November 2001 eingebrachte Bundesratsinitiative des Freistaates Bayern für eine Rückgängigmachung der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage umsetzen und damit die steuerliche Basis unserer Städte und Gemeinden verbessern. Um die Fehler der rot-grünen Bundesregierung abzufedern, hat die Bayerische Staatsregierung bereits beschlossen, im nächsten Jahr 30 Millionen Euro zusätzlich in den kommunalen Finanzausgleich fließen zu lassen. Doch die dramatischen Fehlentscheidungen des Bundes können auf Landesebene kaum aufgefangen werden.

Klartext:

Stichwort Gewerbesteuer: Sie ist seit langem faktisch eine Großbetriebsteuer. Neben wenigen Personengesellschaften zahlen fast nur noch große Kapitalgesellschaften Gewerbesteuer. Es war ein Wahlversprechen von Rot-Grün durch eine Gemeindefinanzreform für eine Verstärkung des kommunalen Steueraufkommens zu sorgen. Was erwarten Sie jetzt von der aus unserer Sicht von Bundesfinanzminister Eichel viel zu spät eingesetzten Kommission?

Dr. Balleis:

Es ist vollkommen richtig, dass diese Kommission viel zu spät

eingesetzt wurde, nachdem bereits 3 1/2 Jahre der Legislaturperiode vergangen sind. Außerdem weist diese Kommission mehrere gravierende Konstruktionsfehler auf:

Erstens ist der Bundesfinanzminister Vorsitzender der Kommission, von dem bekannt ist, dass er keinerlei Verständnis gegenüber den Finanzproblemen der Kommunen hat, obwohl er selbst bereits Oberbürgermeister einer Großstadt war. Mit nur sechs Kommunalpolitikern in der Kommission ist die Kommunalpolitik auch hoffnungslos unterrepräsentiert und drittens hat die Kommission die Weisung, keine finanziellen Verschiebungen zwischen Bund, Land und Gemeinden vorzunehmen, d. h., die Kommunen haben nach gegenwärtiger Sachlage keinen einzigen Euro mehr zu erwarten.

Klartext:

Sie wissen, der Bund der Steuerzahler fordert die Abschaffung der Gewerbesteuer und als Ausgleich die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer sowie Hebesatzrechte an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer. Wie beurteilen Sie diesen Vorschlag?

Dr. Balleis:

Alle Maßnahmen, die einen adäquaten Ausgleich für die Steuereintrübe der Kommunen bedeuten, sind zu begrüßen. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass die Gewerbesteuer ein wichtiger Indikator für wirtschaftsfreundliches Verhalten der Kommunen war. Dieser würde bei Abschaffung der Gewerbesteuer entfallen. Deshalb ist ein Verzicht auf eine Steuer, die eine Verbindung zwischen Unternehmen und Kommunen herstellt, zweifelhaft.

Klartext:

Herr Dr. Balleis, was hoffen Sie und Ihre Oberbürgermeisterkollegen, noch vor der Bundestagswahl durchsetzen zu können?

Dr. Balleis:

Die wichtigste Forderung, die noch vor dem 22. 9. möglich wäre, wäre die genannte Rückgängigmachung der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage durch die Bundesregierung. Das wäre das minimalste Zeichen, das die gegenwärtige Bundesregierung noch auf den Weg bringen müsste. Die Durchsetzungsfähigkeit der sozialdemokratischen Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister muss sich daran messen lassen, ob sie die Bundesregierung zu diesem Schritt bewegen können.

Klartext:

Herr Dr. Balleis, herzlichen Dank für dieses Interview. ♦